



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 19. Dezember 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- 6.700 Menschen wurden innerhalb eines Monats in Myanmar getötet. Sie waren Angehörige der Rohingya. Das berichtet Ärzte ohne Grenzen. Mindestens 730 Kinder im Alter von weniger als fünf Jahren sollen unter den Opfern sein. Ärzte ohne Grenzen bezieht sich auf den Zeitraum zwischen 25. August und 24. September 2017. Die Zahlen beruhen auf Befragungen und seien repräsentativ für 80 Prozent der seit Ende August in Bangladesch angekommenen Rohingya. Nicht berücksichtigt werden die Menschen, die es nicht nach Bangladesch geschafft haben. Die tatsächliche Opferzahl könnte also noch höher sein.
<http://www.zeit.de/politik/2017-12/bangladesch-rohingya-aerzte-ohne-grenzen> (14.12.17)
- In Jordanien wird die Iris Geflüchteter in Camps registriert. Eine Ablehnung ist nicht möglich. Der betroffene Mensch kann so bis zum Ende seines Lebens zweifelsfrei identifiziert werden, die Iris ist verlässlicher als ein Fingerabdruck. Die Geflüchteten müssen ihre Iris immer dann vorzeigen, wenn sie Hilfsgüter wie Decken oder Nahrung abholen. Aber auch zur Bezahlung und Bargeldabhebung wird die Technologie genutzt. Auf die Gelder, die Geflüchtete in Jordanien vom UNHCR erhalten, kann damit nur so zugegriffen werden. Möglich ist das durch das Unternehmen IrisGuard, welches eine Kooperation mit dem UNHCR eingegangen ist. Auch das Welternährungsprogramm hat die Technologie in seine Arbeit integriert. Eine umfassende Kontrolle von zum Beispiel Ernährungsgewohnheiten ist damit möglich. Die Datenschutzrichtlinie des UNHCR schützt die Betroffenen nicht. Klar steht darin, dass das Hilfswerk Daten an Dritte weitergeben könne. Misstrauen wird IrisGuard auch deswegen entgegengebracht, weil dessen Gründer die Technologie bereits 2001 in Saudi Arabien einsetzte um Menschen zu identifizieren, die abgeschoben werden sollen. Im Aufsichtsrat von IrisGuard sitzt unter anderem Richard Dearlove, ehemals Direktor des britischen Geheimdienstes MI6. Auch Frances Townsend, früher Beraterin für Innere Sicherheit und Terrorbekämpfung des US-Präsidenten George W. Bush ist dort vertreten.
<http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2017-12/biometrie-fluechtlinge-cpams-iris-erkennung-zwang> (17.12.17)
- EU-Ratspräsident Donald Tusk hält die Umverteilung von Geflüchteten innerhalb der EU für gescheitert. Die vereinbarte Verteilung von 120.000 Geflüchteten, wie im September 2015 vereinbart, habe nicht funktioniert. Ungarn und Polen haben keinen Menschen aufgenommen, Tschechien nahm zwölf Personen auf. Beim dann vergangene Woche

stattfindenden EU-Gipfel wurde Tusk von zahlreichen Staats- und Regierungschef*innen wie der EU-Kommission kritisiert. Er stärke mit dieser Position den Gegner*innen der Verteilung den Rücken. Beim EU-Gipfel konnten sich die Vertreter*innen der Mitgliedsstaaten aber auch erneut nicht in der Asylpolitik annähern. Deutschland, weitere Staaten und die EU-Kommission setzen sich für eine Umverteilung und Aufnahmepflicht ein, Polen, Ungarn und Tschechien lehnen das ab. Lediglich bei der Abschottung der EU sei man sich einig.

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-12/fluechtlingspolitik-umverteilung-donald-tusk-eu-kommission-kritik> (12.12.17)

<https://www.mdr.de/nachrichten/politik/ausland/eu-gipfel-beraet-ueber-fluechtlingsquoten-russland-sanktionen-brexit-jerusalem-100.html> (14.12.17)

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-eu-gipfel-findet-keine-einigung-im-streit-um-asylpolitik-a-1183435.html> (15.12.17)

Bund, Land, Kommune

- 145 Menschen sind im „Transitzentrum“ genannten Lager im niederbayerischen Deggendorf in den Hungerstreik getreten. Kritisiert werden unter anderem die Essensqualität, die mangelnde Hygiene in den Sanitäreinrichtungen sowie die Unterbringung von bis zu acht Personen in einem Zimmer. Auslöser für den Hungerstreik war der gescheiterte Abschiebeversuch eines Mannes. Frust habe bei den Menschen, vor allem aus Sierra Leone, auch die Nachricht ausgelöst, dass insbesondere sie bis zu 24 Monate in dem „Transitzentrum“ ausharren müssen bis sie weiterverteilt werden. Am Mittwoch wollen die Menschen mit Unterstützer*innen zum Landratsamt Deggendorf ziehen und dort demonstrieren.
<http://www.sueddeutsche.de/bayern/fluechtlinge-wir-sind-bereit-bis-zum-tod-zu-hungern-1.3796571> (18.12.17)
- Bundesinnenminister Thomas de Maizière geht davon aus, dass in diesem Jahr weniger als 200.000 Menschen nach Deutschland geflohen sind. Als Grund wird allgemein die gnadenlose Abschottungspolitik der EU-Mitgliedsstaaten angeführt. De Maizière spricht sich dabei auch für eine immer brutalere Abschiebungspolitik aus. Mehr Menschen sollen, wenn es nach ihm geht, in Abschiebehaft genommen werden. Neu Ankommende sollen in Lagern, „Entscheidungs- und Rückführzentren“ genannt, untergebracht werden. Erneut versucht der Minister zudem, das Kirchenasyl zu delegitimieren. Die Zahlen seien „höher als erwartet“. Von Januar bis Oktober habe es in diesem Jahr 1.270 Fälle gegeben, zum Teil führ mehrere Personen. Aktuell finden 531 Menschen in 348 Fällen Schutz bei Kirchengemeinden. Das Verhältnis zur Zahl, der in diesem Jahr neu Angekommenen sei ausgesprochen gering, so die Kirchen.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-minister-kritisiert-kirchenasyl-1.3787626> (11.12.17)
<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/weniger-als-200-000-fluechtlinge-in-diesem-jahr-15345525.html> (17.12.17)
- Bericht des *DLF* über eine Frau bosnischer Staatsbürgerschaft, die heute im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als Dolmetscherin arbeitet. Laut *DLF* stelle das BAMF immer mehr Menschen mit Migrations- oder Fluchtbiographie ein und folge damit den Empfehlungen von Expert*innen.
http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-beim-bamf-kompetenz-durch-fluchterfahrung.1769.de.html?dram:article_id=406149 (15.12.17)
- Der letzte Woche gewählte Ministerpräsident Sachsens, Michael Kretschmer, hat sich am Sonntag gegen den Nachzug von Familien zu subsidiär Schutzberechtigten ausgesprochen. Damit will er die Flucht- und Migrationspolitik „befrieden“. Der SFR e.V. kritisierte die Äußerungen in einer [Pressemitteilung](#). Kretschmer solle lieber Haltung gegen den alltäglichen Terrorismus der Nazis gegen Geflüchtete einnehmen. Nazis würden nicht

aufhören zu hassen, nur weil Geflüchtete ihre Familien nicht bei sich haben würden. Außerdem ist absolut unklar, was es bedeuten soll, ein Politikfeld „zu befrieden.“
<http://www.sz-online.de/sachsen/kretschmer-gegen-familiennachzug-fuer-fluechtlinge-3842001.html>
(18.12.17)

<https://www.addn.me/soziales/sachsens-neuer-ministerpraesident-spricht-sich-gegen-familienzusammenfuehrungen-aus/> (19.12.17)

- In Wurzen wurde die Wohnung zweier Geflüchteter angegriffen. Die bisher unbekanntes Täter*innen hätten die Fenster mit Steinen eingeschlagen. Einer der beiden betroffenen wurde dadurch am Bein verletzt. Zunächst kehren beide nicht in ihre Wohnung zurück. Unterstützung erfolgt durch das Netzwerk für Demokratische Kultur in Wurzen. Am Fenster fanden die Ermittler*innen zudem Aufkleber mit antisemitischen Botschaften.
<https://www.mdr.de/sachsen/leipzig/angriff-auf-fluechtlings-wohnung-in-wurzen-100.html> (04.12.17)
- Roland Wöller löst Markus Ulbig als sächsischer Innenminister ab. Der frühere Umwelt- und Landwirtschafts- wie Kultusminister kennt Michael Kretschmer gut. Gemeinsam mit dem nun zum Kultusminister ernannten Christan Piwarz sowie Kretschmer versuchten die drei Männer bereits im Jahr 2004, mehr Macht in der CDU Sachsen zu gewinnen wie dieser Bericht der *Sächsischen Zeitung* zeigt.
<https://www.sz-online.de/sachsen/die-dreierbande-ist-zurueck-3842828.html> (19.12.17)

Hintergrund und Meinung

- Peter Fahlbusch ist Anwalt in Hannover. Sein Schwerpunkt liegt auf Abschiebungshaftverfahren. Seit 2001 saß laut seiner Aussage mehr als die Hälfte seiner insgesamt 1.407 Mandant*innen zu Unrecht in Abschiebehäft. Oft begründe sich die Rechtswidrigkeit durch formale Fehler. Der*die entscheidende Richter*in sollte die Akte kennen, eine Anhörung durch eine*n Dolmetscher*in muss stattgefunden und der Haftantrag ausgehändigt und übersetzt worden sein. Das war häufig nicht der Fall. Oft sei aber auch die Ausreisepflicht nicht gegeben gewesen da Asylverfahren anhängig waren oder Bescheide nicht richtig zugestellt wurden. Pflichtverteidiger*innen wie in der Untersuchungshaft gibt es nicht, die Inhaftierten müssen sich gegebenenfalls selber eine Rechtsvertretung suchen und bezahlen. Regelmäßig komme es zu Suizidversuchen. Fahlbusch kann vor allem nicht nachvollziehen, warum er selber Statistik über seine Fälle führen muss. „Jeder Baum, der an einer Landstraße gepflanzt wird, wird gezählt.“ Rechtswidrige Abschiebehäftfälle aber nicht. Bei den Alternativen zur Abschiebehäft – Meldeauflagen oder auch Passhinterlegung - hat Fahlbusch den Eindruck, dass der Grundsatz „Im Zweifel gegen die Freiheit“ laute.
<http://www.taz.de/Interview-ueber-Abschiebehaft!/5469437/> (15.12.17)
- Eine positive Rezension des *DLF* über das neu erschienene Buch „Die Außenseiter“ des Historikers Philipp Ther. Es sei ein „Panorama [...] des Gestaltungsspielraums in der Flüchtlingsfrage, aber auch die Mahnung, nicht immer wieder die gleichen Fehler zu machen.“ So verknüpfe Ther historische Erfahrungen von über 500 Jahren mit der aktuellen Situation. Beispielsweise würden die Erfahrungen, die bei der Aufnahme der Hugenotten in Preußen gemacht wurden, heute nicht berücksichtigt. Damals erfolgte das auf Beidseitigkeit und auf Basis von Verhandlungen. Heute würden Geflüchtete Sozialleistungen in Anspruch nehmen können, aber sie würden nicht gefragt werden, mit welchem Ziel sie gekommen seien, wie sie gesellschaftlich teilhaben wollen. Ther betont, dass Gesellschaften immer von der Aufnahme von Fliehenden profitiert haben. Dabei hat Ther das Buch nicht chronologisch gegliedert, sondern nach Flucht aus religiösen Gründen, durch Nationalismus ausgelöste Flucht sowie politisch bedingte Flucht.
http://www.deutschlandfunk.de/migrationsgeschichte-kontinent-der-fluechtlinge.1310.de.html?dram:article_id=402619 (11.12.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: pr@sfrev.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: pr@rld.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



UNO-Flüchtlingshilfe